Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer fünfspaltigen Petitzeile 1½ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 2. Donnerstag den 2. Januar 1851.

Telegraphische Korrespondenz
für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Paris, 30. Dezember, Abends 8 Uhr. Das Bureau hat, dem Wunsche des Ministeriums entgegen, mit 8 gegen 6 Stimmen die Beibehaltung des Polizeikommissärs Yon beschlossen. Der Präsident der Kammer, Dupin, hat zu Gunsten Yons gestimmt. Die Minister haben nach gepflogener Berathung zu bleiben beschlossen.

Die Gläubiger Mauguins haben vom Direktor des Schuldgefängnisses Entschädigung verlangt; derselbe hat sie an Dupin gewiesen. Die Appellationsgerichte berathen über die Verhaftung Mauguins.

Die Legislative hat den abgeschlossenen Handelsvertrag mit Sardinien angenommen und sich bis zum Donnerstag vertagt.

Paris, 30. Dezember, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57. 5% 95.

Frankfurt a. M., 31. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn $35\frac{3}{4}$.

Hamburg, 31. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minut. Getreide, Oel, Kaffee leblos. Zink 1000 Cntr. loco $9\frac{3}{4}$, 4000 Ctnr. p. Frühjahr 10.

Stettin, 31. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen $35\frac{1}{2}$, p. Frühjahr $37\frac{1}{4}$ Br. Rüböl 10 Geld, p. Winter $10\frac{1}{4}$, p. Frühjahr $10\frac{1}{2}$ bez. Spiritus 23, p. Frühjahr $21\frac{1}{4}$ Br.

Amsterdam, 30. Dezember, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Raps p. Frühjahr 59. Rüböl p. Frühjahr $34\frac{3}{4}$, p. Oktober $34\frac{1}{2}$. Roggen 6 Fl. niedriger, partienweise.

Athen, 18. Dezember. Fast alle von der Regierung unterstützten Wahlen wurden als ungültig erkannt. Der Polizeipräfekt Monastiriotti ist abgesetzt, andere Absetzungen wegen Unzukömmlichkeiten sind bevorstehend.

Konstantinopel, 20. Dezember. Eine „Bosphorus-Dampfschifffahrtsgesellschaft" hat sich gebildet. Said Pascha ist wegen der Angelegenheit des preußischen Unterthans von Damaskus versetzt worden, bis das Gericht sein Urtheil spricht.

Mehemed Pascha ist am 1. d. mit 4000 Soldaten in Aleppo eingetroffen.

Preußen.

Berlin, 31. Dezember. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem zur Dienstleistung bei der Abtheilung für das Artillerie- und Waffenwesen des Kriegs-Ministeriums kommandirten Premier-Lieutenant von Schachtmeyer des 2ten Garde-Regiments zu Fuß, dem praktischen Arzte Dr. Mertins zu Berlin, so wie dem evangelischen Küster und Töchterlehrer Stolte zu Wegeleben, Regierungs-Bezirk Magdeburg, den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; und den Appellationsgerichts-Rath Zweiffel zum Landgerichts-Präsidenten in Saarbrücken zu ernennen. — Der Thierarzt erster Klasse, F. A. Böhler, ist zum Kreis-Thierarzt im Kreise Ziegenrück ernannt worden.

Die Sitzung der zweiten Kammer beginnt am 3. Januar um 12 Uhr. Gegenstand der Berathung wird sein Feststellung der Tagesordnung für die nächsten Sitzungen.

Berlin, den 27. Dezember 1850.

Der Präsident der zweiten Kammer.
Graf v. Schwerin.

Angekommen: Der Fürst Pückler-Muskau, von Dresden. Se. Excellenz der kurfürstlich hessische Staats-Minister v. Dörnberg, von Kassel.

Berlin, 31. Dezember. In der Konferenz, welche vorgestern von den Minister-Präsidenten im Beisein der Kommissarien für Schleswig-Holstein abgehalten wurde, erfolgten definitive Festsetzungen über die Haltung, welche die Letzteren zunächst der Statthalterschaft gegenüber werden einzunehmen haben, so wie über die weiteren Zwangsmaßregeln, sobald die Drohungen derselben ihren Zweck verfehlen sollten. Man behauptet jetzt, daß Preußen sich direkt an der Exekution betheiligen werde. Schon in den nächsten Tagen soll Hamburg wieder von preußischen Truppen besetzt werden, und es würde von dort aus später ein aus Oesterreichern und Preußen bestehendes (50,000 Mann starkes) Korps in Holstein einrücken. Die beiden Kommissarien sind bereits an ihren Bestimmungsort abgegangen. — In Betreff Kurhessens soll beschlossen sein, daß Graf Leiningen und General v. Peucker künftig durchaus zusammen handeln sollen, und zwar beide im Namen des „deutschen Bundes". Die Baiern würden in kurzer Zeit zurückgezogen werden und nur Preußen und Oesterreicher das Land noch weiter besetzt halten. (N. Z.)

Nach der Sp. Z. sollen gute Aussichten vorhanden sein, daß Dänemark sich den Beschlüssen, welche Oesterreich und Preußen Namens des deutschen Bundes in Gemäßheit des Bundesbeschlusses vom 17. September 1846 gefaßt haben, fügen werde.

Die „D. Ref." widmet der von Seiten Oesterreichs und Preußens beliebten Lösung der schleswig-holsteinschen Frage bereits einen Leitartikel. Obwohl unsere Leser die Deduktion zu würdigen wissen werden, so können wir es doch nicht über uns gewinnen, auf die mit fetter Schrift gedruckte Stelle (gegen den Schluß des Artikels) ausdrücklich hinzuweisen, weil selbst die D. Ref. in gleich plumper Weise kaum jemals auf den Unverstand ihrer Leser spekulirt haben dürfte. Der Artikel lautet:

„Berlin, 31. Dezember. Noch vor Jahresschluß sind die Kommissarien der beiden deutschen Großmächte nach Holstein gegangen, um eine Angelegenheit zu Ende zu führen, die nunmehr Jahre lang die Theilnahme und Sorge Deutschlands in Anspruch genommen hat."

„Wer den Muth gewinnen kann, die Lage der schleswig-holsteinschen Angelegenheit mit unbefangenem Auge zu prüfen, der kann und wird darüber nicht mehr zweifelhaft sein, daß es den Holsteinern nicht möglich gewesen wäre, die Wahrung ihrer Rechte durch die Fortsetzung ihrer Selbsthülfe zu erreichen, wenn man auch außer Acht lassen wollte, daß diese Selbsthülfe der Kampf eines Volkes gegen seinen Landesherrn — unmöglich noch jetzt von einer konservativen Politik gebilligt werden kann."

„Andererseits verkennen wir nicht, daß nicht allein das Interesse der Holsteiner, sondern daß in gleichem Maße die Interessen Deutschlands eine nachdrückliche Wahrung der Rechte Holsteins erheischen, welche durch die früheren Bundesbeschlüsse als solche ausdrücklich anerkannt sind. Der deutsche Bund ist sich dieser doppelten Verpflichtung gegen sich selbst und gegen einen seiner Landestheile wohl bewußt. Die erfolgte Absendung zweier Kommissarien mit der Vollmacht und im Namen des deutschen Bundes zeigt, daß der Bund diese Verpflichtung erfüllen will."

„Die Mittel aber, welche der deutsche Bund hierzu anwendet, können und dürfen nicht revolutionärer Natur sein. Die Kommissarien werden daher zuvörderst ihre Thätigkeit darauf zu richten haben, daß der Kriegszustand zwischen dem Landesherrn und den Holsteinern sein Ende erreiche. Die Kommissarien des deutschen Bundes werden daher verlangen müssen, daß sich die holsteinische Armee zurückziehe, und daß sie auf den Friedensfuß reduzirt werde. Eine Gefahr für Holsteins Rechte kann hierin nicht gefunden werden, denn der Bund hat bekanntlich größere Mittel, diese Rechte zu wahren, als sie — wie die Erfahrung uns zeigt — die holsteinische Armee besitzt. Jenem Verlangen des deutschen Bundes kann aber von holsteinischer Seite um so eher entsprochen werden, da — wie wir hören — auch Dänemark bereit ist, seine Truppen zurückzuziehen und eine beträchtliche Reduktion eintreten zu lassen."

„Wenn man sagt, daß vielleicht die Statthalterschaft, aber gewiß nicht die holsteinische Armee sich jenem Verlangen fügen werde, so hoffen wir, daß man dieser Armee Unrecht thut. Eine Armee, die nicht mehr gehorchen, sondern auf eigene Hand Politik machen wollte, wäre eben keine disziplinirte Armee mehr, sondern müßte unter allen Umständen entwaffnet und aufgelöst werden. Ist der Friedenszustand in Holstein hergestellt, so werden die Kommissarien einen Theil ihrer Aufgabe gelöst haben, — der zweite Theil wird es sein, die Sicherung der Rechte Holsteins zu bewirken."

„Die Furcht, der deutsche Bund könne das Letztere unterlassen, wenn das erste erreicht sei, kann zwar von Vielen als ein Mittel der Agitation verbreitet, aber von Niemandem ernstlich getheilt werden. Ihr eigenes Interesse wird, wie schon oben gesagt, abgesehen von allen andern Motiven die beste Bürgschaft leisten, daß der deutsche Bund in der Lösung dieser Aufgabe nicht lässiger sein kann als in der Herstellung eines friedlichen Zustandes in den Herzogthümern."

„Man wird sich nicht verhehlen, daß kein Friede von Dauer sein kann, dessen Grundlage nicht die Gerechtigkeit ist."

„Wir haben in dem Vorstehenden die Gesichtspunkte angedeutet, aus denen die Thätigkeit der Kommissarien in den Herzogthümern aufzufassen und zu beurtheilen sein wird. So sehr wir wünschen, daß es schon der Unterhandlung gelingen möge, nach allen Seiten hin die erstrebten Erfolge zu erzielen, so haben doch die beiden deutschen Mächte Bedacht genommen, auch in dem Falle, daß jener Wunsch nicht erfüllt werden sollte, diesen Erfolg zu sichern."

„Eine dem Zweck entsprechende preußische und eine österreichische Truppenmacht werden sich nach Holstein in Bewegung setzen. **Wenn man früher beklagt hat, daß Oesterreich in Bezug auf die holsteinische Frage eine von dem übrigen Deutschland gesonderte Stellung einnehmen, so wird jetzt in der Vereinigung jener Truppen eine Bürgschaft gefunden werden dürfen, daß auch in dieser Frage Oesterreich mit Preußen gemeinsam zu handeln entschlossen ist.** (Hört.)

„Hoffen wir, daß auch hier sich der Segen dieser Eintracht wie für die beiden Großmächte und für ganz Deutschland, so auch für das Interesse der Herzogthümer selbst bewähren möge."

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Herr v. Raumer, hatte gestern Mittag die sämmtlichen Räthe und Hilfsarbeiter seines Ministeriums versammelt, um bei dem Antritte seines Amtes einige herzliche Worte an sie zu richten.

Ihre Excellenz die Frau Gräfin Brandenburg wurde am Weihnachtsfeste durch ein sinniges königliches Geschenk überrascht, ein prächtiges Armband mit dem Portrait des verewigten Grafen. — Die Daguerreotypen des bekannten Portraits des Verstorbenen in Medaillons für Brochen und Armbänder sind als Damenschmuck jetzt sehr beliebt.

Seit einigen Tagen verweilt Fürst Pückler-Muskau hier. Derselbe logirt im British-Hotel. Den großen Verstorbenen begleitet ein lebendiger, sehr kleiner Zwerg. — Fürst Pückler wohnt jetzt auf Schloß Branitz bei Muskau.

Am Sonnabend Abend wurde der Ministerpräsident Fürst v. Schwarzenberg zu Ihrer Majestät der Königin zum Thee eingeladen, da dieselbe wegen Unwohlsein verhindert war, an dem Diner Theil zu nehmen. Sonntag Vormittag machte der Fürst den hier anwesenden Prinzen des königlichen Hauses seine Aufwartung. Abends besuchte der ganze königliche Hof das Opernhaus, in dem der Prophet gegeben wurde. In den königl. Logen befand sich auch der Fürst Schwarzenberg und der Minister von Manteuffel.

Am 29. d. M., früh 7 Uhr, wurde das Ersatz-Bataillon der 4. Garde-Infanterie-Brigade mit der Anhaltschen Eisenbahn von hier nach Wittenberg befördert. — Nachmittag 6 Uhr traf das 1. Bataillon (Görlitz) 3. Garde-Landwehr-Regiments, aus seinen bisherigen Kantonnements bei Zinna kommend, hier ein, um vorläufig hier zu verbleiben. — Gestern früh, 9 Uhr, rückte das 1. Bataillon (Berlin) 2. Garde-Landwehr-Regiments von hier nach Teltow und Umgegend, in Stelle desselben traf um 12 Uhr das 3. Bataillon (Lissa) 3. Garde-Landwehr-Regiments hier ein.

Man erfährt, daß bis Ende März künftigen Jahres noch folgende Gegenstände fertig sein müssen, für deren Anfertigung bereits die nöthigen Bestellungen gemacht werden, nämlich 90,000 Helme für die Infanterie und 300,000 kleine Patrontaschen von der neuesten Façon. Der Infanterist wird künftig 2 Patrontaschen tragen, rechts und links eine. Jede derselben faßt 30 Patronen, die Zündhütchen stecken gegen alle Witterung wohlverwahrt in einem mit Haaren besetzten Seitentäschchen. Die Patrontasche selber ist vom stärksten, haltbarsten Leder. Da nun im Tornister sich 60 Patronen befinden, so wird jeder Infanterist in Zukunft mit 120 Patronen und den nöthigen Zündhütchen versehen sein. Das Macherlohn für eine Patrontasche der neuesten Façon betrug bisher $3\frac{1}{2}$ Sgr., jetzt bietet man bereits $5\frac{1}{2}$ Sgr. und wird damit noch höher gehen, um nur die Anfertigung bis zum nächsten Frühjahr zu realisiren. Außerdem sind eine unzählige Menge von Bandeliers bestellt und bereits in Anfertigung begriffen. (Voß. Z.)

In Folge Ernennung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten, Herrn v. Raumer, ist dessen Mandat als Abgeordneter zur 1. Kammer für den 2ten Frankfurter Wahlbezirk nach Art. 78 der Verfassungs-Urkunde erloschen, weshalb eine Ersatzwahl unverzüglich stattfinden wird.

Am 29. d. M. kamen hier 258 Personen an und reisten 219 ab. Angekommen: der k. k. österreichische Generalmajor Graf v. Mensdorff-Bouilly, von Dresden. Abgereist: der königlich großbritannische Kabinets-Kourier Haveland, nach Wien.

Der bisher flüchtige und wegen Theilnahme an den vorjährigen Mai-Unruhen unter Anklage stehende Kaufmann Karl Hecker aus Elberfeld hat sich vor einigen Tagen daselbst zur Haft gestellt und befindet sich zur Zeit im dortigen Arresthause. Derselbe wird vor die Assissen gestellt werden. Dem Vernehmen nach sollen auch die Angeklagten Advokat Bohnstedt und Staats-Prokurator Heinzmann beabsichtigen, sich zu stellen. (C. C.)

Der Ober-Consistorialrath Dr. Nitzsch hat die auf ihn gefallene Wahl der rheinischen Synode zum General-Superintendenten abgelehnt, um seine Stellung bei der hiesigen Universität nicht aufgeben zu müssen. Vermuthlich wird nun einer der beiden neben Herrn Dr. Nitzsch von der Synode Sr. Majestät dem Könige in Vorschlag gebrachten Kandidaten zum General-Superintendenten ernannt werden. — Von der Dortmunder Synode ist der frühere Minister von Bodelschwingh Sr. Majestät für die Stelle eines Präsidenten des Consistoriums der Provinz Westfalen in Vorschlag gebracht worden. Obschon im Allgemeinen vorläufig noch der Grundsatz festgehalten wird, daß die Oberpräsidenten den Vorsitz in den Consistorien haben sollen, so wird doch für die Provinz Westfalen schon jetzt eine besondere Besetzung des Präsidiums erfolgen müssen, da der Oberpräsident jener Provinz bekanntlich der katholischen Kirche angehört. (C. B.)

Brandenburg, 30. Dezbr. [Militärisches.] Unsere Stadt, schon täglich mit starker Einquartierung belegt, wird in den nächsten Tagen das 6. Kürassier-Regiment (Kaiser von Rußland), welches am 2. Januar k. J. einrückt, und das erste und Füsilierbataillon des 20. Infanterie-Regiments, welche am 10ten Januar eintreffen, in Winterquartiere aufnehmen. An jedem nächsten Tage passiren starke Munitions und Artillerie-Kolonnen die Stadt. Am 3. Januar rücken ein das 3. Husaren-Regiment und das 8. Landwehr-Kavalerie-Regiment. Außerdem kommen in unsere Stadt der Divisions- und Brigadestab der 11. mobilen Infanterie-Division, der Stab der 3. Kavalerie-Division, der Stab der 6. Kavalerie-Brigade und der Stab der 5. Kavalerie-Brigade. (Ref.)

Deutschland.

Die Konferenzen zu Dresden.

Dresden, 31. Dezbr. [Aus dem Protokolle der Ministerial-Konferenz vom 23. Dezbr.], welches jetzt das Dresdn. Journal vollständig veröffentlicht, theilen wir nachträglich noch Einiges mit.

Die Schlußworte der Eröffnungs-Rede des Herrn Fürsten v. Schwarzenberg gaben dem königl. sächsischen Bevollmächtigten, Herrn Staatsminister Freiherrn v. Beust, Veranlassung, nicht allein im Namen Sr. Majestät des Königs von Sachsen und Hochdessen Regierung für die bezeigte wohlwollende Gesinnung den tiefempfundenen Dank auszudrücken, sondern es auch auszusprechen, wie hoch Sachsen und dessen Hauptstadt die Ehre zu schätzen wissen, die ihnen durch den Zusammentritt dieser hohen Versammlung zu Theil wird. Die sächsische Regierung fühle sich daher doppelt verpflichtet, das von den hohen Regierungen von Oesterreich und Preußen in so dankenswerther Weise angebahnte Bundes- und Friedenswerk fördern zu helfen, und sie betrete mit vollem Vertrauen den in der vernommenen Rede vorgezeichneten Weg. Sie erblicke aber auch zugleich in der Wahl Dresdens zum Sitze der Konferenzen eine glückliche Vorbedeutung, denn es erscheine ihr wie ein versöhnender Wink der Vorsehung, daß die Stadt, welche noch heute die Spuren jener unheilvollen Tage zeige, wo die Begeisterung für Deutschlands Einheit nur die Elemente der Zerstörung zu entfesseln wußte, zum Sammelplatze für die Männer auserseshen worden sei, die da berufen sind, jene vernichtenden Elemente zu bannen und dem deutschen Vaterlande Frieden und Eintracht zurückzugeben.

Der königl. baiersche Ministerpräsident Herr v. d. Pfordten drückte den lebhaften Dank aus, mit welchem die k. Regierung in der gemeinschaftlichen Einladung der hohen Regierungen von Oesterreich und Preußen einen erneuten Beweis ihrer bundesfreundlichen Gesinnungen und ihrer auf das Wohl des Gesammtvaterlandes gerichteten Absichten erkannt habe und daher auch dieser Einladung mit Freuden gefolgt sei. Diese freudige Empfindung werde noch durch die Art erhöht, in welcher die Vertreter der genannten beiden hohen Regierungen sich über den Zweck der Konferenzen ausgesprochen haben.

Die k. baiersche Regierung glaube ihrerseits, daß man diese Berathungen mit dem Entschlusse beginnen müsse, der Vergangenheit nur insofern eingedenk zu sein, um aus ihr Lehren für die Zukunft zu ziehen, während man sie in jeder andern Beziehung der Vergessenheit anheim zu geben habe, um in einträchtigem Zusammenwirken ein Werk zu gründen, das die wahren Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt und so eine Zukunft der Wohlfahrt, des Friedens und der Macht für Deutschland zu begründen geeignet ist. Dazu würden zwar vor Allem demjenigen Prinzipe, welches allein unter uns der Träger der Ordnung zu sein vermag, dem monarchischen Prinzipe, die Säulen seiner Kraft gefestiget, zugleich aber auch diejenigen Garantien bürgerlicher Freiheit gegeben werden müssen, welche der Bildung unserer Zeit entsprechen. In diesem Sinne möge die hohe Versammlung voll einträchtigen Geistes und freudiger Hoffnung an ihr Werk gehen!

Hierauf nahm der Herr Fürst v. Schwarzenberg das Wort und äußerte u. a.:

„Es wird Ihnen Allen, meine Herren, zur Befriedigung gereicht haben, aus den eben vernommenen Vorträgen die Ueberzeugung zu schöpfen, welche Uebereinstimmung in unsern Gesinnungen herrscht. — Die Artikel III. und IV. der Wiener Schlußakte erklären die Bundesakte als den Grundvertrag und als das erste Grundgesetz des durch dieselben gestifteten Vereins, und behalten der Gesammtheit der Bundesglieder die Befugniß der Entwickelung und Ausbildung der Bundesakte vor, insofern die Erfüllung der darin aufgestellten Zwecke solche nothwendig macht. — Nachdem es sich also nur um die Ausbildung, Ergänzung und Verbesserung, mit einem Worte, um eine zeitgemäße Revision des ersten Grundgesetzes, und der bereits aus ihm entwickelten Gesetze des Bundes handeln kann, werden dieselben, wie ich bereits zu erwähnen die Ehre hatte, unseren Verhandlungen zur Grundlage und zum Ausgangspunkte zu dienen haben. — Was die Formen und den Geschäftsgang betrifft, welche bei diesen zu Verhandlungen zu beobachten sein dürften, empfehlen sich die bei den Ministerialkonferenzen des Jahres 1820 beliebten, wo die Bevollmächtigten sämmtlicher deutscher Regierungen, in derselben Absicht, welche uns hierher geführt hat, und zu denselben Zwecken, welche wir verfolgen, zusammengetreten waren. — Ich erlaube mir demnach die Bildung von Sektionen vorzuschlagen, welchen die einzelnen, in innerem Zusammenhange stehenden Theile der Bundesverfassung zu dem Ende zuzuweisen wären, um der Plenarversammlung über die etwa angemessen scheinenden Veränderungen oder Ergänzungen Vorschläge zu machen. — Was den bei der Bildung dieser Ausschüsse zu beobachtenden Vorgang betrifft, dürfte eine freundschaftliche Verständigung der förmlichen Abstimmung und einem Skrutinium vorzuziehen sein. Es wäre daher vielleicht am angemessensten, wenn man den Bevollmächtigten von Oesterreich und Preußen das Vertrauen schenken wollte, einen gemeinsamen Entwurf für die Zusammensetzung dieser Ausschüsse zu verfassen, welcher der hohen Versammlung, bei deren nächster, unmittelbar nach den Weihnachtsfeiertagen stattfindender Zusammenkunft vorzulegen sein würde. — Außer den zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die Revision der Bundesverfassung zu bestellenden Sektionen, wäre dann zugleich auch eine Kommission zu ernennen, welche die Führung des Protokolls zu übernehmen hätte. — Damit die Mitglieder derselben durch diese Aufgabe nicht zu sehr in Anspruch genommen, und von einer thätigen Theilnahme an den Arbeiten der zu bildenden Sektionen abgehalten werden mögen, glaube ich den Antrag stellen zu sollen, daß dieser Kommission ein mit dem Geschäfte der Protokollführung vertrauter höherer Beamter zugetheilt werde, welchem das Recht, den Sitzungen beizuwohnen, eingeräumt und die Verpflichtung auferlegt würde, sich der eigentlichen Redaktion des Protokolls zu unterziehen. — Indem ich hierzu den kaiserlichen Hof- und Ministerial-Rath im Departement des Aeußern und Referenten in Bundes-Angelegenheiten, Freiherrn von Thierry, in Vorschlag bringe, hoffe ich einer allseitigen Zustimmung zu begegnen. — Was die Verifikation der bereits eingebrachten und noch einzubringenden Vollmachten betrifft, dürfte es am zweckmäßigsten sein, den königl. sächsischen Hrn. Bevollmächtigten zu ersuchen, sich unter Zuziehung einiger Mitglieder dieser hohen Versammlung diesem Geschäfte unterziehen und nach dessen Beendigung über das Ergebniß desselben Bericht erstatten zu wollen. — Es erübrigt mir nur noch, Sie, meine Herren, darauf aufmerksam zu machen, daß nicht nur die Würde dieser hohen Versammlung, sondern auch die Förderung der ihr gestellten wichtigen Aufgabe beeinträchtigt werden würde, wenn die unter uns stattfindenden Verhandlungen der Oeffentlichkeit Preis gegeben und hierdurch zum Gegenstande der Zeitungspolemik geworden, vor der Zeit, und wie dies unter solchen Umständen der Fall zu sein pflegt, auf entstellte Weise, der Beurtheilung der Menge unterzogen werden sollten. — Diesem Nachtheile vermögen wir nur dadurch vorzubeugen, daß wir uns gegenseitig verpflichten, über Alles, was hier besprochen und verhandelt werden wird, persönlich das strengste Schweigen zu beobachten und bei unsern hohen Regierungen dieselbe Geheimhaltung zu bevorworten."

Sämmtliche Anwesende waren mit diesen Anträgen einverstanden, worauf sich die Versammlung bis nach dem Weihnachtsfeste vertagte.

(Folgen die Unterschriften.)

Dresden, 29. Dezbr. **Daß es zwischen Schwarzenberg und Manteuffel vor ihrer gemeinsamen Reise nach Berlin zur Verständigung gekommen, ist unzweifelhaft. Ueber die Bedingungen dieser Verständigung wird jedoch vorerst nicht viel oder gar nichts bekannt werden, was als authentisch gelten kann, wenn auch demnächst mit größerer oder geringerer Wahrscheinlichkeit verschiedene Versionen sich werden Geltung verschaffen wollen. Es ist zwischen den Kontrahenten verabredet worden, auf keine Weise irgend Etwas und so lange über ihre Vereinbarungen in die Oeffentlichkeit zu bringen, bis die gefaßten Beschlüsse und Maßregeln Thatsachen geworden sind, und in dieser Gestalt schon fertig dastehen. Alles was man von irgend welcher Seite über die Basis berichtet, auf welcher die Einigung geschlossen wurde, ist demnach nur Vermuthung und Combination, nur auf Andeutungen gebaut, die hier und da gegeben werden.**

Oesterreich wird mit seinem ganzen Staatenkomplex in den Bund treten und in demselben mit Preußen gemeinsam die Executive üben. Preußen soll jedoch nicht die gewünschte Interpretation des Art. XI. der Bundesakte über das Unirungsrecht erlangt haben und deshalb nicht in der Lage sein, einen engeren Bund bilden zu können, der in den weiteren Bund in geschlossener staatlicher Organisation eingefügt sein würde. Die Theilung der Executive gewährt demnach Preußen nicht die Parität mit Oesterreich. Oesterreichs Uebergewicht ist durch die überragende Bedeutung seiner Gebiete im Bunde für alle Fälle verbürgt. Der Dualismus hat durchaus keine faktische Bedeutung. Der Löwen-Antheil wird immer Oesterreich zufallen. Diese Angaben wollen nicht für vollkommen verläßlich gelten, sie beruhen jedoch auf Mittheilungen von Personen, welche sich immer als gut unterrichtet gezeigt haben.

Aus London ist Mr. Smythe, Unterstaatssekretär im auswärtigen Amte und Parlamentsmitglied hier eingetroffen, dem man eine diplomatische Mission von Seiten der englischen Regierung für die Konferenzen zuschreibt. Diese Vermuthung ist jedoch nicht besser begründet, als die mit großer Bestimmtheit hervorgetretene Nachricht, daß der Correspondent des Morning-Chronicle Oberst Whigt mit einer Mission Englands wegen der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten betraut sei. Diese Nachricht ist durchaus unhaltbar.

Die Parteistellung der verschiedenen Staaten ist noch zu keiner vollen Festigkeit und bestimmten Gestaltung gelangt. Es fehlt bis jetzt hierzu der Anstoß, da die Vorlagen Oesterreichs und Preußens noch nicht bekannt sind. Baiern und Württemberg werden mit dem Münchener Entwurf der 7theiligen Executive und der Repräsentation durch Ausschüsse aus den Kammern hervortreten. Hannover will auch eine solche Volksrepräsentation, aber es giebt sich mit der Wiederherstellung der Stimmverhältnisse nach der Bundesakte von 1815 eben so zufrieden als mit der Theilung der legislativen und ausübenden Gewalt, welche Oesterreich und Preußen beabsichtigen. Sachsen wird sich mit Oesterreich nicht in lebhaften Widerspruch setzen, denn es hofft eine neue wichtige verwandtschaftliche Verbindung bald erreicht zu sehen. — Seitdem die Kleinstaaten die Ueberzeugung gewonnen haben, daß man sie nicht zu mediatisiren beabsichtige, haben sie die Anstalten zu einer oppositionellen Stellung aufgegeben und sehen mit Vertrauen auf Oesterreich und Preußen, in welchen sie die alleinigen Stützen gegen die Revolution zu finden hoffen.

Durch die Bildung von 5 Kommissionen und die Vertheilung der Geschäfte in 5 Abtheilungen ist man auch über die Frage des **Präsidiums** hinweggekommen, ohne sie zu entscheiden. Oesterreich und Preußen hatten sich über diese Eintheilung der Geschäfte verständigt und traten in der ersten Sitzung mit dem Antrage auf Bildung dieser Kommissionen hervor. In den **Plenarsitzungen** der Konferenzen wird jedesmal derjenige Staat den Vorsitz führen, welcher der Kommission präsidirt, in deren Ressort die betreffende Angelegenheit gehört. Wenn über die Organisation der Bundesbehörde und über den Umfang des Gebiets im Plenum verhandelt wird, so wird Oesterreich den Vorsitz führen, wenn über den Wirkungskreis des obersten Bundesorgans und die Beziehung der Bundesstaaten zu einander, Preußen u. s. w.

Bemerkenswerth ist, daß Preußen in der ersten Kommission, welcher Oesterreich präsidirt, aller Verbündeten entblößt ist, und daß sich außer Sachsen-Weimar nur Bundestagsstaaten in derselben befinden.

Den Bevollmächtigten wird die Verpflichtung auferlegt werden, jede Erklärung, die sie in den Konferenzsitzungen machen, wortgetreu zu Protokoll zu geben. Die Protokolle werden also sehr genau, aber die Dauer der Konferenzen wird deshalb wahrscheinlich um so länger werden. (N. Z.)

Ueber die von dem preußischen und österreichischen Ministerpräsidenten bei ihrer Abreise aus Dresden den **Bevollmächtigten der beiden Großmächte** gegebenen gleichlautenden Instruktionen vernehmen wir, daß die beiden Bevollmächtigten beauftragt seien, durchaus **gegen den von dem baierischen Minister v. d. Pfordten** auf Verlangen Baierns, natürlich auch auf Verlangen Würtembergs, Sachsens, der beiden Hessen und Genossen gestellten Antrag: für die neue Bundesverfassung **eine Volksvertretung** einzusetzen, deren Mitglieder von den Kammern in den einzelnen Staaten gewählt werden sollen, **zu protestiren**, und bei dem in Olmütz gefaßten Reorganisationsplane der neuen Bundesverfassung zu beharren. Wie wir hören, ist jetzt auch Herr **Hassenpflug**, der zu eifrige Parteigänger, Oesterreich zum Ueberdruß geworden, und Oesterreich dringt auf ein neues Ministerium in Kurhessen. (Voß. Z.)

Dresden, 30. Dezbr. Graf **Alvensleben** langte gestern Abend von Berlin hier an. Aus Berlin trifft soeben eine telegraphische Depesche ein, die meldet, daß der österreichische Ministerpräsident Fürst **Schwarzenberg** mit dem Nachtzuge über Görlitz nach Dresden reisen und am 31. früh daselbst ankommen werde. *) Der preußische Ministerpräsident Freiherr v. **Manteuffel** wird zum Neujahrstage hier erwartet. (Ref.)

Dresden, 31. Dezember. Se. Durchlaucht der Herr Fürst v. **Schwarzenberg** ist erst heute Morgen aus Berlin abgereist und Mittags nach 12 Uhr hier im Prinzenpalais wieder eingetroffen. Auch der kgl. preußische Staatsminister a. D. Graf v. **Alvensleben** ist wieder hierher zurückgekehrt. (D. J.)

** **Kassel,** 30. Dezbr. [Tagesbericht.] Die Mitglieder des **Stadtraths** haben Jedes zehn Mann österreichische Jäger zur **Exekution** erhalten. Dem Oberbürgermeister **Hartwig**, welcher bereits seit mehreren Tagen **fünfundzwanzig Mann** Exekutionstruppen hatte, ist eine Zulage von zehn Mann zu Theil geworden. Die städtische Behörde soll die **September-Verordnungen** unbedingt anerkennen. — Die Frist zur Einzahlung der **direkten Steuern** ist heute bis zum 8. k. M. erstreckt worden, da der Andrang des Publikums zur Stadtreceptur zu groß war. Der erst anberaumte Termin war bis zum Schlusse des Monats unter Androhung sofortiger militärischer Exekution gestellt.

Von **Marburg** ist die Mittheilung hierher gelangt, daß Prof. **Bayrhoffer**, welcher einige 50 Mann Einquartierung erhalten hatte, diese Leute sehr gut behandelt haben soll. Dies und anderes hat Veranlassung gegeben, daß sie für den Mann sehr eingenommen worden sind und ihn gelegentlich in einem Wirthshaus haben hochleben lassen. In Folge dieses Vorganges ist die Mannschaft von rc. Bayrhoffer sofort zurückgezogen und nachdem dieser besonders darum eingekommen sein soll, ihm die Einquartierung wieder zu geben und auf diese Weise gleiche Belästigungen mit seinen Mitbürgern tragen zu lassen, ist ihm diese Bitte verweigert worden. (F. J.)

Fulda, 28. Dezbr. [Truppenbewegungen.] Die schon seit Wochen an der hessischen Grenze stehenden **Oesterreicher** überschreiten morgen dieselbe und rücken hier in der Stadt und Umgegend ein; dieselben setzen vorerst ihren Marsch bis **Kassel** fort und die **Durchzüge**, da das ganze Corps des Generals **Legeditsch** es ist, werden ungefähr acht Tage anhalten. Mit diesem Einmarsche gewinnt die österreichische **Intervention in Schleswig-Holstein** schon mehr **Gestaltung**, da man doch unmöglich annehmen kann, daß diese Truppen blos für Hessen bestimmt seien; sie werden als Bundestruppen angesehen und wie die Baiern auf Rechnung des **kurhessischen Staats** verpflegt. Die Baiern haben gestern ihre Feldpost in hiesigem Bezirke aufgelöst und der Divisionair Lesuire hat heute die Stadt verlassen; die beiden baierischen Bataillone, welche noch hier sind, werden morgen ebenfalls nachfolgen. (D. A. Z.)

Fulda, 29. Dez. [Truppenbewegungen.] Die in und dicht bei Fulda gelegenen **bairischen Truppen aller Waffengattungen** sind heute in der Frühe der Frankfurter Straße entlang nach Baiern zurückgegangen; nur das 2. Bataillon des 10. Infanterie-Regiments, welches einige Stunden von Fulda ostwärts in den Dörfern lag, nahm noch einmal hier heute Quartier in unserer Stadt und wird erst morgen abziehen. Mit diesem Reste der Division des Generals Lesuire verläßt Letzterer mit seinem Stabe gleichzeitig Fulda, so daß unser ganzer Bezirk von den Baiern frei wird. Dagegen werden von heute an innerhalb fünf Tagen 20,000 Oesterreicher ihren Weg aus **Franken** durch **Fulda** nach **Kassel** nehmen, von wo aus sie wahrscheinlich gegen **Schleswig-Holstein** marschiren, um das in der Geschichte noch nicht Erlebte zu vollbringen. — Heute Nachmittag sind zwei Bataillone **österreichischer Infanterie** in unserer Stadt angekommen, wovon ein Theil hier einquartiert wurde, ein anderer in das Amt Großenlüder weiter vorging. Auch ein General mit seinem Stabe, wahrscheinlich Legeditsch, ist eingetroffen. Die Oesterreicher werden von hier aus theils über Lauterbach und Alsfeld, theils über Hersfeld und Bebra auf den beiden hessischen Eisenbahnen nach Kassel vorwärts gehen. (F. J.)

Bamberg, 28. Dezbr. [Truppenbewegungen.] Nach einem heute hier eingetroffenen Schreiben aus dem **österreichischen Hauptquartier** in Kissingen sind die in dortiger Gegend aufgestellten Truppen des österreichischen vierten Armeecorps ausgesprochenermaßen nach dem Norden bestimmt und ist man jeden Augenblick des Befehls zum Aufbruch gewärtig. — Heute Morgen sind wieder 2 österr. Batterien, eine 6pfünder und eine 12pfünder, nebst einer langen Reihe Munitions- und Bagagewagen auf dem Marsche nach Unterfranken hier durchgekommen. Die beiden Eskadronen des hiesigen 6. Chev.-Reg., welche dem ersten mobilen Armeecorps zugetheilt waren, werden am Montag den 30. d. wieder hier einrücken und die 4 Eskadronen desselben Regiments, welche in Hessen verwendet wurden, ebenfalls von dort zurückkehren und bis zum 10. Januar hier und in Neustadt a. d. A. eintreffen. (Bamb. Z.)

*) Ist mit dem bezeichneten Zuge abgereist.

△ **München,** 29. Dezbr. [Tagesbericht.] Auch die heute hier eingetroffenen Truppen (eine Batterie und ein Bataillon) hat Se. Majestät der König vor der Residenz aufstellen lassen und sodann inspizirt. — Das hiesige neu formirte 6. Jägerbataillon hat heute bereits seine Mannschaft bis auf 25 Mann beurlaubt. Die **Urlaubszeit** lautete: „**unbestimmt.**" Ein großer Theil der Mannschaft war der Ansicht: in kürzester Zeit wieder einberufen zu werden und wollte deshalb auf den ihnen zu gewährenden Urlaub verzichten. Nicht unschwer haben Offiziere und Unteroffizier dieses „Vorurtheil" beseitigen können und somit der Kriegskasse resp. dem Kriegsminister aus großer Verlegenheit geholfen. Durch die nun mit Riesenschritten eintretende Reduktion des Heeres wird allerdings auch die Ueberschreitung des Militärbudgets vermindert; der Mehrverbrauch wird sich übrigens doch auf ein Sümmchen von 10—12 Millionen Gulden berechnen. Addirt man hierzu noch den Ausfall, welchen die gewöhnlichen Staatseinnahmen zu den Staatsausgaben ohnedies ergeben und welcher für die letzten 2 Jahre 3 Millionen Gulden betrug, so dürfte, wenn obige 10—12 Millionen auch theilweise durch Anlehen und theilweise durch Emission von Papiergeld gedeckt werden, wie bereits projektirt ist, doch immerhin noch eine Steuererhöhung vom künftigen Landtage gefordert werden. — Einem vom Minister v. d. **Pfordten** aus **Dresden** neuerlich eingetroffenen Schreiben zufolge, sollen die dortigen Konferenzen, sobald ein Resultat erzielt, in **Frankfurt a. M.** fortgesetzt werden.

Frankfurt, 30. Dez. [Verschiedenes.] Die am kurfürstlichen Hofe zu Kassel accreditirten Gesandten, welche während der Dauer des Aufenthaltes des Kurfürsten in Wilhelmsbad in unserer Stadt Wohnungen bezogen haben, stehen im Begriffe, wieder nach der Hauptstadt abzureisen. — Der würtembergische Gesandte beim deutschen Bunde, Herr v. **Reinhard**, ist in Privatangelegenheiten auf kurze Zeit nach Stuttgart gegangen. (Frkf. J.)

Durch einen Tagesbefehl des derzeitigen Oberbefehlshabers unserer Garnisonstruppen, des kaiserl. österreichischen General-Majors v. **Schmerling**, ist den Mannschaften bekannt gemacht worden, daß an die Stelle des für einige Zeit abwesenden Stadt-Kommandanten Major Deetz der k. preußische Major Köhler zeitweilig getreten ist. — Minister **Hassenpflug** wurde noch gestern Morgen in unserer Stadt gesehen. (Frankf. Bl.)

Hamburg, 30. Dezbr. [Oesterreichisches Exekutionsheer.] Wie wir aus guter Quelle hören, werden die zum Exekutionsheer für Schleswig-Holstein bestimmten österreichischen Truppen sofort pr. Eisenbahn von **Bamberg** aus über **Magdeburg** bis **Lauenburg** befördert werden, woselbst sie in circa 10—12 Tagen eintreffen sollen. (B. H.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 29. Dezbr. Heute traf der österreichische Oberst Baron v. **Gabelenz** direkt von Dresden hier ein, und ist der Ueberbringer von Depeschen für die Statthalterschaft, welche in Dresden gemeinschaftlich von dem preußischen und österreichischen Ministerpräsidenten in Uebereinkunft ausgefertigt worden sein sollen. Sind wir recht unterrichtet, so beziehen sich dieselben auf die, nach dem Friedenstraktat vom 2. Juli festgestellten Bedingungen: **Zurückziehen der Armee aus Schleswig, Reduzirung** derselben bis auf ein Drittheil ihrer jetzigen Stärke und Anerkennung der monarchischen Autorität in Holstein. Der Oberst soll von der Statthalterschaft eine **letzte und bestimmte Antwort** verlangen, ob sie auf die genannten Propositionen einzugehen geneigt sei oder nicht; für den letzteren Fall ist eine Exekution von Bundestruppen bereits in Aussicht gestellt. Ueber die Antwort der Statthalterschaft können wir noch nichts Weiteres mittheilen, indem diese erst noch in Berathung hierüber treten und dieselbe schriftlich ausfertigen lassen wird. (Ref.)

Kopenhagen, 28. Dez. Die widersprechenden Mittheilungen über den Tag der Abreise des Baron v. Pechlin nach Dresden klären sich endlich dahin auf, daß die Ernennung des dänischen Bevollmächtigten für die Dresdener Konferenzen überall noch nicht definitiv gewesen ist; die **Wahl der Persönlichkeit und der Inhalt der ihr zu ertheilenden Instruktionen** hat im **Gegentheil im Staatsrathe Kampf gekostet**, aus dem die Kasino-Partei noch wieder als Sieger hervorgegangen ist. Nicht Herr v. Pechlin, sondern Hr. v. Bülow wird als Vertreter Dänemarks nach Dresden gehen. Die offizielle „Berl. Tid." bringt darüber nur Folgendes: „Einem in diesen Tagen koursirenden **Gerüchte** zufolge sollte Herr Geheimerath Pechlin als Bevollmächtigter für den König von Dänemark in seiner Eigenschaft als Herzog von Holstein und Lauenburg zu den Konferenzen in Dresden abgehen. Wie wir erfahren ist solches nicht der Fall, dagegen wird Hr. v. Bülow, gegenwärtig in Frankfurt, jenen Auftrag erhalten." Nähere Aufklärung über die desfälligen Vorgänge giebt aber das Organ der Kasinopartei, „Fädrelandet". Dasselbe berichtet: Die Hauptstadt ist in den Feiertagen durch Gerüchte über Verhandlungen in Bewegung gesetzt, die der Staatsrath täglich bezüglich der Instruktion hielt, welche dem holstein-lauenburgischen Bevollmächtigten nach Dresden mitgegeben werden und worüber große Uneinigkeit herrschen sollte. Soweit wir haben erfahren können, sind diese Gerüchte nicht ohne Grund. Es heißt, daß die hier anwesenden Schleswig-Holsteiner in diesen Tagen die äußersten Anstrengungen gemacht haben, um die Regiernng zu vermögen, entweder auf einen Gesammtstaat mit einem darin eingeschlossenen Schleswig-Holstein oder auf eine Art von Föderativstaat nach dem Muster des Hrn. v. Scheel einzugehen, daß aber diese Bestrebungen gescheitert seien und daß die Regierung in Uebereinstimmung mit ihren bisherigen Aeußerungen und Instruktionen geblieben sei."

Oesterreich.

** **Wien,** 31. Dezember. Weder die innere noch die äußere Politik bietet feste Anhaltspunkte; es schwebt wie Dunst über den Köpfen. Die „**Dresdener Konferenzen**" erregen nicht die geringste Theilnahme, da man das Publicirte nicht für den eigentlichen Kern der Verhandlungen hält. Die Reise des Ministerialraths **Hock** aus dem Handelsdepartement bestätigt die Ansicht, daß die **materiellen Beziehungen** in den Vordergrund treten. — Bevor dort nicht ein Abschluß erfolgt, dürfte hier keine Institution ausgeführt oder eingeleitet werden. — Wie wir vernehmen, sind die Statthalterposten zu Mailand und Venedig definitiv besetzt worden; den ersten erhält Graf **Strassoldo**, der bisher bei dem Generalgouvernement zu Verona thätig war, den zweiten Herr Ritter v. **Toggenburg**, ehemaliger Kreishauptmann von Trient, der die Statthaltereigeschäfte zu Venedig bisher provisorisch leitet. — Der **Fürst-Erzbischof von Wien** hat in Rom um Beigebung eines vorausbestimmten Nachfolgers als Amtsgehilfen nachgesucht. — Die Aufstellung dreier **griechisch-katholischen Bisthümer** in Karlsburg, **Lugos** und **Vasarhely** wurde genehmigt. Ersteres wird ein Erzbisthum.

Frankreich.

× **Paris,** 29. Dezbr. [Tagesbericht.] Die Erwartung auf den Beschluß des Bureaus der National-Versammlung in der Yonschen Angelegenheit ist getäuscht worden. Das Bureau hat nämlich keinen Beschluß gefaßt und die Berathung auf Morgen verschoben. Diese miserable Angelegenheit scheint übrigens dazu bestimmt, noch mehr Aufsehen zu machen. **Allais** hat gegen seine Verurtheilung die Appellation eingelegt, und wird außerdem ein Pamphlet angekündigt, welches skandalöse Enthüllungen enthalten wird. Indeß hat es dergleichen Dinge in den letzten Jahren in so großer Anzahl gegeben, daß das Publikum blasirt worden ist, und so könnte wohl auch das neue Pamphlet den Effekt verfehlen, den man davon erwartet.

Die Episode **Mauguin** in der gestrigen Sitzung der National-Versammlung hat in dem Publikum nicht dieselbe Bewegung hervorgerufen wie im Schoße der Versammlung. Da war die Aufregung in der That ganz außerordentlich; man erinnert sich nur auf wenige Gelegenheiten, wo die Bewegung so groß gewesen ist, und diese Bewegung dauerte auch noch lange nach Schluß der Sitzung fort. Das Gerücht von der Demission des Justizministers ist unbegründet. Indem Hr. **Rouher** gleich von Anfang herein erklärte, keine politische Frage aus der Debatte zu machen, so gab er damit klar zu verstehen, daß, wie auch das Resultat ausfallen möge, er keinenfalls sein Portefeuille niederlegen werde, und er hat es auch wirklich nicht niedergelegt. Nichtsdestoweniger ist es gewiß, daß das Votum der Versammlung ein rein politisches gewesen ist, dessen Tragweite man sich nicht verhehlen kann. Es war die Prädominanz einer der beiden Staatsgewalten über die andere, die auf dem Spiele stand. Die Debatte ging über das Haupt des Herrn **Mauguin** und das Gefängniß Clichy hinweg. Die National-Versammlung wollte die Suprematie der legislativen Gewalt feststellen. Sie hätte dies vielleicht auf eine regelmäßigere Weise thun können. Der Schlag ist jetzt nur um so fühlbarer für die Exekutivgewalt; allein unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo Gesetzentwürfe eingebracht werden sollen, zu deren Annahme die innigste Einigung aller Fraktionen der Majorität nothwendig ist, hat die Exekutivgewalt die Nothwendigkeit eingesehen, das Haupt zu beugen, um keine Spaltung hervorzurufen, und so hat sie auf das gestrige Votum kein weiteres Gewicht gelegt. Man darf jedoch annehmen, daß sie die Erinnerung daran behalten und gelegentlich Revanche nehmen wird.

Es ist nach alledem klar, daß das politische Leben, welches seit zwei bis drei Monaten eingeschlafen war, wieder zum Erwachen kommt, und es ist vorauszusehen, daß schon die ersten Tage des nächsten Monats viel Interessantes bringen werden.

Außer den elyseeischen Journalen spricht sich die gesammte Pariser Presse für die Unverletzlichkeit der Repräsentanten in Schulden-Angelegenheiten aus.

Noch gestern Abend begab sich ein Quästor in Begleitung eines Huissiers der Nat.-Versammlung nach dem Schuldgefängniß und forderte Kraft des Befehls der Versammlung den Direktor des Gefängnisses auf, Hrn. **Mauguin** frei zu geben. Der Direktor beeilte sich, dem Befehle Folge zu leisten, und Herr Mauguin wurde sofort in Freiheit gesetzt.

[**Die russische Macht.**] Es dürfte nicht ohne Interesse für Ihre Leser sein, wie **Lamoricière**, der bekanntlich im vergangenen Jahre als Gesandter Gelegenheit hatte, die Verhältnisse **Rußlands** zu studiren, über die Heeresmacht dieses Staates denkt. Der französische General, welcher dem russischen Militärwesen vorzügliche Aufmerksamkeit schenkte und über diesen Gegenstand ein besonderes Werk herauszugeben gedenkt, versichert, auf offizielle Daten gestützt, **daß Kaiser Nikolaus außerhalb seines Reiches im letzten Falle nicht über 150,000 M. disponiren könne.** Zwar giebt er zu, daß Rußland nach einem Verlaufe von drei Vierteljahren im Falle von Niederlagen wieder eine ähnliche Truppenzahl disponibel machen könne; allein was für unberechenbare Ereignisse dürften nicht stattfinden, wenn es sich einmal um eine radikale Niederlage der russischen Armee handelt! Diese Erfahrungen des Generals Lamoricière werfen auf die Ereignisse in Ungarn ein neues Licht und dienen Görgey's Kapitulation bei Vilagos nicht zur schmeichelhaftesten Folie. Für den gegenwärtigen Augenblick scheint uns die Vorstellung des wahren Standes der russischen Armee besonders wichtig, weil sie bekräftigt, was man seit lange fühlt, daß **Rußland durch die Intriguen seiner Diplomatie und durch die historisch gewordene Furcht vor seinen Kosaken dem Westen gefährlicher ist, als durch seine wirkliche Macht.** Nicht weniger bezeichnend für die russische Anschauungsweise ist ein Ausspruch des Czaars, den Lamoricière erst unlängst in einem hiesigen Salon wieder erzählte. „Ich habe" — hatte ihm der russische Kaiser gesagt — „durchaus nichts gegen die französische Republik, so lange sie innerhalb ihrer jetzigen Grenzen bleibt; was mir aber höchst ungelegen kommt und was ich nicht ruhig mit ansehen kann, das ist die Entwicklung des Konstitutionalismus in Deutschland!" (Köln. Z.)

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 31. Dezember. Die C. C. meldet: „Bekanntlich besteht in Breslau seit einigen Jahren eine slavische literarische Gesellschaft, deren Mitglieder der großen Zahl nach studirende Polen und Oberschlesier sind. Diese beabsichtigt, vom neuen Jahre an eine Monatschrift philosophischen und literarischen Inhalts herauszugeben unter dem Titel „Znicz" (Lese)."

* **Liegnitz,** 31. Dezbr. Berliner Zeitungen enthielten dieser Tage die Notiz: „Der Kaufmann und Seifenfabrikant L. **Wunder** zu Liegnitz ist von Sr. königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen zu Höchstdessen **Hof-Lieferanten** ernannt worden." — Die genannte Fabrik hat allerdings nicht allein einen sehr ausgedehnten Vertrieb, sondern liefert auch anerkannt gute Waare. Der Absatz derselben erstreckt sich durch ganz Schlesien, Sachsen, die Lausitz, Posen, die Mark, Preußen rc. Die Fabrik ist im Stande, täglich 10,000 Pfund Seife anzufertigen. Von besonders guter Qualität ist die **Kern-Hausseife**, doch sind deren feine Toilettenseifen auch sehr gesucht. Von letzteren ist namentlich die **Annanasseife**, als schön und erfrischend im Geruch, sehr gesucht. Der Fabrikbesitzer ist Erfinder und bis jetzt einziger Verfertiger dieser Sorte, und sendet diese auch dem Berliner Hof, woselbst sie sehr beliebt ist.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Berlin, 31. Dezember. Die k. k. Landwirthschaftsgesellschaft für Steiermark hat unter Vorsitz Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzogs Johann den verdienstvollen Verfasser der „Studien über Hebung der Landeskultur im Königreich Belgien" Herrn Dr. **Eduard Stolle** zum korrespondirenden Mitgliede ernannt.

Man schreibt aus dem Regierungsbezirk **Magdeburg**: Die Zuckerfabriken in der Neustadt Magdeburg sind wieder in voller Thätigkeit. Der Absatz, der im Kreise Aschersleben gefertigten wollenen Waaren war zwar im Oktober und November geringer, als in den früheren Monaten; es wurde jedoch im früheren Umfange in den Fabriken fortgearbeitet. Die Preise der Wollenwaaren sind etwas gewichen. Die Fabrikanten zu Aschersleben sind durch den Ausfall der Leipziger Messe zufrieden gestellt. Die von ihnen auf den Marktplatz gebrachten wollenen Waaren sind zu höheren Preisen verkauft und Nachsendungen von solchen, sowie viele Bestellungen auf wollene Decken haben stattgefunden, so daß mit Thätigkeit fortgearbeitet wird. Die Zuckerfabriken und Brennereien im Kreise Oschersleben sind im gutem Fortgange; in Folge der Cholera und Einberufung der Landwehr fehlt es aber an tüchtigen Arbeitern, und die Arbeitslöhne sind bedeutend. Durch diesen Fabrikbetrieb hat sich auch der Bergbau in Betreff der Kohlengruben bedeutend gehoben. Im Allgemeinen wird aber der Verkehr gegenwärtig durch die vielen cirkulirenden fremden Kassenanweisungen belästigt; die Detailhändler, Handwerker und Arbeiter bekommen fast nur solche in Zahlung, und können sie oft selbst mit Verlust von einigem Prozent Agio nicht gut wieder anbringen. In kleineren Geschäften muß darauf Münze herausgegeben werden, und die großen Handlungen und Wechsler in den Städten weisen den Umsatz von der Hand. — Im Kreise Wanzleben sind im Laufe dieses Jahres wiederum drei Zuckerfabriken und zwei Brennereien angelegt worden. In den Tuchfabriken zu Burg sind während der 2 letzten Monate 5800 Stück Tuche gefertigt und 1593 Ctr. rohe Schaafwolle eingeführt worden. Eine Runkelrüben-Zuckerfabrik bei Gerwisch mit bedeutenden Dampfmaschinen, und eine Kartoffelstärkefabrik in Dalschau, sowie die Erweiterung einer Kartoffelstärke- und Syrup-Fabrik auf dem Rittergute Althaus-Leitzkau, im 1. Jerichower-Kreise, sind konzessionirt und in Betrieb gesetzt. Auch in Salzwedel ist der Gewerbebetrieb im Allgemeinen lebhaft gewesen; nur der Handel mit Schnittwaaren hat seit der Mobilmachung der Armee sehr abgenommen. Die Fabrikation von Tüchern ist auch in den letzten Monaten ununterbrochen fortgesetzt worden, und an Absatz der appretirten Tuche hat es nicht gefehlt. (CC.)

Der Administrationsrath des Königreichs **Polen** hat in Folge des Befehls Sr. Majestät des Kaisers, vom neuen Jahre an den **Preis des Salzes bedeutend herabgesetzt.**

Der **russische Zolltarif** wird mit dem neuen Jahre unmaßgeblich **auf Polen ausgedehnt** werden. Nach demselben ist Zucker und Kaffee viel höher, als es bis jetzt der Fall war, besteuert. Dies hat die dortigen Kaufleute bewogen, sich mit bedeutenden Vorräthen in diesen Artikeln zu versehen. Die Gränzbewachung wird vollkommen militärisch organisirt. Dem die Gränze bewachenden General wird ein Stab und ein zahlreiches Offizier-Corps zur Disposition gestellt worden. Jeder Schlagbaum bekommt eine Wache von zehn Soldaten unter einem Unteroffizier. In Entfernungen von einer Werst werden Buden errichtet, in denen zwei Soldaten und ein Grenzaufseher wohnen sollen. Auch in den übrigen Zweigen der Verwaltung sollen Veränderungen bevorstehen. So wird die **Warschauer Bank** als ein selbstständiges Institut aufhören und nur eine Filial-Anstalt der Petersburger Bank werden. (C. C.)

Brüssel, 29. Dezbr. Der Moniteur publizirt ein Gesetz, welches die Regierung ermächtigt, den **legalen Cours** des nach dem Gesetze vom 31. März 1847 zum Belaufe von 14,640,625 Francs gemünzten **Goldes aufzuheben.** Für die Einlösung zum Nennwerthe bei königl. Kassen wird ein Termin bestimmt werden. **Fremde Goldmünzen treten sofort außer Cours.**

Wir haben durch den am 31. v. M. erfolgten Tod des königlichen geheimen Medizinal- und Regierungs-Rath Herrn Dr. **Remer** ein sehr hoch von uns geschätztes und verehrtes Mitglied aus unserer Mitte scheiden sehen müssen. Der gerechte Schmerz um diesen Verlust ist um so tiefer, je unerwarteter er uns betroffen hat. Noch wenige Tage vor seinem Tode durften wir uns seiner vollen ungeschwächten geistigen und körperlichen Thätigkeit in unserer Mitte erfreuen. Das Andenken an ihn und sein Wirken wird uns unvergessen bleiben.

Breslau, den 1. Januar 1851.

Das königliche Medizinal- und Regierungs-Kollegium.

Fremdenliste von Zettlitz's Hôtel.

Gutsbes. Graf v. Reichenbach aus Pilsen. Gutsbes. Dewens aus Koberwitz. Maschinist Pracki aus Miloslaw. Lieut. Gürtler a. Neisse. Kammergerichts-Assessor Groschke aus Frankenstein. Partik. Erben aus Prag. Partik. Hugo und Michalowski aus Pesth.

Markt-Preise.

Breslau am 2. Januar 1851

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	54	52	50	48	Sgr.
Gelber dito	53	51	50	48	„
Roggen . . .	42	41	39	37	„
Gerste . . .	28	26	25	24	„
Hafer . . .	23	22	21	20	„
Rothe Kleesaat	11½	11	10	8—9	Rtl
Weiße Kleesaat	—	10	9	6—8	Rtl
Spiritus . .	7⅓ Rtl. Gld.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Ediktal-Citation.

Es werden hiermit auf Antrag der resp. Nachlaß-Kuratorien die unbekannten Erben:

1) des durch Erkenntniß vom 25. April v. J. für todt erklärten Häusler **Andreas Pohl** von Ober-Jeutritz,
2) des am 24. Januar v. J. zu Patschkau ohne Testament verstorbenen Invaliden-Lieutenants **Karl Wilke** vorgeladen, in dem

auf den 14. März 1851,

Vormittags 10 Uhr,

in unserm Instruktionszimmer vor dem Herrn Kreisrichter **Schmiedicke** anstehenden Termine entweder in Person, oder durch einen zulässigen Bevollmächtigten, wozu denen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, die Rechtsanwälte **Gabriel** und Justizrath **Scholtz II.** vorgeschlagen werden, zu erscheinen und ihr Erbrecht nachzuweisen, widrigenfalls sie damit präkludirt und der Nachlaß als herrenloses Gut dem Fiskus wird ausgeantwortet werden.

Zu demselben Termine werden die unbekannten Erben

3) der durch Erkenntniß vom 27. Juli 1847 für todt erklärten Soldatentochter **Anna Johanne Kirchner** von Neisse, namentlich die **Elisabeth Ehrlich**, verehelichte Soldat **Berger** und deren etwaige Erben,

zur Nachweisung ihrer Erbansprüche unter der Warnung vorgeladen, daß bei ihrem Ausbleiben der Schneidergeselle **Joseph Ehrlich**, der Maurergeselle **Anton Ehrlich** und der Tischlergeselle **Karl Ehrlich** für die rechtmäßigen Erben angenommen, ihnen als solchen der Nachlaß zur freien Disposition verabfolgt und der nach erfolgter Präklusion sich etwa erst meldende nähere, oder gleich nahe Erbe, alle ihre Handlungen und Dispositionen anzuerkennen und zu übernehmen schuldig, von ihnen weder Rechnungslegung noch Ersatz der gehobenen Nutzungen zu fordern berechtigt, sondern sich lediglich mit dem, was alsdann noch von der Erbschaft vorhanden wäre, zu begnügen verbunden sind.

Zu demselben Termine werden endlich nachstehende verschollene Personen, so wie die von denselben etwa zurückgelassenen unbekannten Erben und Erbnehmer:

4) der am 22. Mai 1811 hier geborene Posamentirergeselle **Aloys Johann Nepomucen Terne**, welcher im Mai 1837 nach Ungarn ausgewandert sein soll;
5) die am 8. Januar 1809 zu Stephansdorf geborene **Theresia Apollonia Schwarzer**, welche im Jahre 1833 nach Pesth gegangen ist,

vorgeladen; bei ihrem Ausbleiben werden diese Verschollenen für todt erklärt werden.

Neisse, den 3. April 1850.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Subhastations-Patent.

Das dem Joseph August Pritsch gehörige, zu Jätschau unter Nr. 27 belegene Bauergut nebst Zubehör, zufolge der nebst Hypotheken-Schein in unserer Registratur einzusehenden Taxe auf 7200 Rthl. geschätzt, soll auf

den 19. Mai 1851,

Vormittags 11 Uhr,

in unserem Amtslokale an den Meistbietenden verkauft werden.

Zu obigem Termine werden die verwittwete **Marie Elisabet Neumann**, geborne **Menzel**, die Erben der unverehelichten Johanna Eleonore **Bogdan**, die Professor **Ender**'schen Erben, der Schneidermeister **Johann Müller**, resp. dessen Erben, und die Simon **Hollstein**'schen Erben, bei Vermeidung der Präclusion vorgeladen. Glogau, den 15. Oktober 1850.

Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Börsenberichte.

Berlin, 31. Dezember. Die Tendenz der Börse war auch heute steigend, doch verhinderten mehrere zur Liquidation nöthigen Verkäufe einen allgemeinen Aufschwung und die Steigerung beschränkte sich daher nur auf einige Effekten.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 97¾, 98, 97¾ bez., Priorität 5% 102½ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 65½ à ¾ bez., Priorität 4% — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 31 bez. und Br., Priorität 5% 94¾ bez. Niederschlesisch-Märkische 3½% 80¾ à 81 bez., Priorität 4% 94 bez., Priorität 5% 103¼ Gld., Serie III. 5% 102 Gld. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% — — Oberschlesische Litt. A. 3½% 113¼ à ½ bez., Litt. B. 3½% 108¼ à ½ bez. — **Geld- und Fond-Course.** Freiwillige Staats-Anleihe 5% 105 Gl. Staats-Schuld-Scheine 3½% 84¾ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 120¼ bez. Posener Pfandbriefe 4% — — 3½% 89½ bez. Preußische Bank-Antheile 96¼ bez. und Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94 Gld., neue 4% 94½ Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 80¾ bez., à 300 Fl. 140 Gld.

Wien, 31. Dezember. Fonds und Aktien fanden zur erniedrigten Notiz mehr Geber als Nehmer und sind besonders Bankaktien zurückgegangen, dagegen wurden Oedenb. Eisenb. mit 55 bez. und zur Notiz zu schließen. Wechsel Anfangs höher und London mit 12 28 bezahlt, schließen matter.

5% Metalliques 95¼, 4½% 82; Nordbahn 113⅜; Hamburg 2 Monat 191½; London 3 Monat 12. 26. Silber 128½.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.